

Der Öffentliche Gesundheitsdienst

- Perspektiven für eine erfolgreiche Zukunft in Baden-Württemberg



Stuttgart, 14. Juli 2025 – Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist Daseinsvorsorge – nah bei den Menschen. Mit dem Pakt für den ÖGD wurden von Bund und Ländern zusätzliche Finanzmittel zur personellen Stärkung, Modernisierung und Forschung zur Verfügung gestellt. Was hat dies in den Gesundheitsämtern bewirkt? Wie haben sich die Zusammenarbeit unterschiedlicher Berufsgruppen und die Vernetzung mit der Wissenschaft entwickelt? Dazu hat die SPD Landtagsfraktion zusammen mit der ASG

Baden-Württemberg ein spannendes Fachgespräch mit Expert:innen aus Wissenschaft, Praxis und Politik geführt.

Gerade in den letzten Jahren wurden positive Entwicklungen in den Gesundheitsämtern angestoßen. Dennoch bleibt noch viel zu tun, um nah an den Menschen den Schutz der Bevölkerung, die Förderung der Gesundheit und die Prävention zu stärken. Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz, die Kinder- und Jugendgesundheit und die Beratung bzw. Information der Bevölkerung – einschließlich sozial benachteiligter Gruppen – all dies sind Kernaufgaben dieser Bevölkerungsmedizin.

Ziele und Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes im Land wurden mit dem Gesundheitsdienstgesetz 2015 angepasst. Der Fokus der Gesetzesänderung lag damals auf einer Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge, Gesundheitsförderung und Prävention, sowie der Koordinierung und Organisation von kommunalen Gesundheitskonferenzen einschließlich der Gesundheitsplanung. Die Covid-19 Pandemie machte allerdings deutlich, dass die personelle und technische Ausstattung der Gesundheitsämter weder dem Bevölkerungsschutz noch den weiteren Aufgaben gewachsen war. Mit dem Pakt für den ÖGD wurden daher Bundesmittel für die Verbesserung der Situation vor Ort in den Gesundheitsämtern zur Verfügung gestellt.

Zehn Jahre nach Verabschiedung des ÖGD-Gesetzes hat die SPD nachgefragt, was sich in den Gesundheitsämtern verbessert hat und welche Herausforderungen noch zu bewältigen sind.



Für MdL Florian Wahl ist es 10 Jahre nach dem ÖGD Gesetz Zeit für eine neue Debatte. Dr. med. Karlin Stark, Dezernentin Gesundheit und Verbraucherschutz, Landratsamt Ludwigsburg sieht in der Gewinnung von Fachärzt:innen für Öffentliches Gesundheitswesen eine der größten Herausforderungen.

Erheblichen Nachholbedarf gibt es vor allem bei der Gewinnung von Fachärzt:innen für öffentliches Gesundheitswesen. Dieser Mangel wird sich auf absehbare Zeit nur durch einen gemeinsamen Kraftakt lindern lassen. Ermutigend aber



Prof. Dr. med. Stefan Ehehalt, Leiter des Gesundheitsamts Stuttgart: "Wir versuchen globale Probleme lokal zu lösen"

sind die ersten Erfahrungen mit dem Pilotprojekt „Wahltertial oder -quartal des Praktischen Jahres im Öffentlichen Gesundheitswesen“, das für Medizinstudierende bereits an sechs Gesundheitsämtern im Land mit positiver Resonanz umgesetzt wird. Des Weiteren wurde zur Etablierung und Stärkung des Themas ÖGD ins Medizinstudium die Arbeitsgemeinschaft „Lehre ÖGW im Medizinstudium“ gegründet, um bereits während des Studiums die Fachkräfte von morgen auf den ÖGD als Arbeitsfeld aufmerksam zu machen. Hoffnung gibt auch die geplante Professur für Öffentliches Gesund-

heitswesen. Sie soll den ÖGD auch in die Universitäten sichtbar werden lassen.

Bei der Digitalisierung gibt es enorme Fortschritte beispielsweise bei der neuen einheitlichen Fachanwendungssoftware für ganz Baden-Württemberg. In anderen Bereichen, z.B. den Schnittstellen, gibt es jedoch noch Nachholbedarf, um die Arbeit vor Ort effizienter zu gestalten.

Wissenschaft und Forschung kommen im ÖGD auch in Baden-Württemberg voran. In den letzten Jahren hat sich in diesem Bereich viel getan. Denn klar ist, nur auf der Basis



Thomas Altgeld, Vorstand der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung: „Die Aufgabe des ÖGD beginnt mit solider Gesundheitsplanung.“

von Effektivität, Effizienz und Transparenz kann ein evidenzbasierter ÖGD etabliert werden. Hierfür wird in Zukunft auch eine gesetzliche Verankerung gebraucht. Ebenso sind strukturelle und personelle Verbesserungen erforderlich, um einen Datenraum zu generieren, der als Grundlage der Forschung benötigt wird.



Dr. med. Maria Steinisch, Public Health Wissenschaftlerin, Vorstandsmitglied BVÖGD: „Die Wichtigkeit eines Institutes für Öffentliches Gesundheitswesen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.“

Große Sorgen bestehen bei der Finanzierung der Gesundheitsämter. Zwar wurden ganz aktuell gesperrte Mittel für die Umsetzung des Pakts für den ÖGD von der Landesregierung freigegeben. Die Finanzsituation der Städte und Landkreise in Baden-Württemberg ist allerdings sehr angespannt. Das hat auch direkte Auswirkungen auf den ÖGD.

Bedarf zur Nachjustierung besteht außerdem bei den kommunalen Gesundheitskonferenzen und bei der Beteiligung der Gesundheitsämter an der kommunalen Planung, sei es bei Wohnen, Verkehr, Hitzeschutz, Kultur und weiteren Themen des Zusammenlebens. Auch die beim Fachgespräch anwesenden Krankenkassen unterstrichen die Wichtigkeit präventiver Arbeit der Gesundheitsämter und deren Bedeutung für ein funktionierendes und bezahlbares Gesundheitssystem.

Das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen, wie im Pakt für den ÖGD vorgesehen, ist auch über 2026 hinaus enorm wichtig, um den ÖGD auch in Baden-Württemberg zukunftssicher aufzustellen.



*Moderierten das Fachgespräch:
Herbert Weisbrod-Frey, Landes-
vorsitzender der ASG und Dr.
Christine Oexle, Ärztin im Ge-
sundheitsamt und Mitglied im
ASG-Landesvorstand*

Weitere Informationen:

Die SPD Baden-Württemberg und die Landtagsfraktion haben sich mehrfach für einen starken Öffentlichen Gesundheitsdienst eingesetzt. Zuletzt hat die SPD-Fraktion mit dem Antrag „Dem Öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg größere Bedeutung geben“ im Mai 2025 einen Bericht über den aktuellen Stand des ÖGD in Baden-Württemberg eingefordert. Eine weitere Anfrage der Fraktion von 2023 thematisierte die Hygienekontrollen und das -management in Baden-Württemberg. Der SPD-Landesparteitag hat auf Antrag der ASG bereits im November 2020 in einem Beschluss Anforderungen an den ÖGD in Baden-Württemberg formuliert und erneut 2023 die Landesregierung aufgefordert, den Öffentlichen Gesundheitsdienst auf seine Zukunftsaufgaben auszurichten.